



NIEDERSCHRIFT

über die 18. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 24.05.2016,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:02

Ende: 19:15



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Rolf Morio

Gerhard Mosebach

Dirk Vögeli

SPD

Hermann Demmerle

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Günter Scharhag

Michael Scheid

Heinz Schmitt

Armin Schowalter

ab 17.15 Uhr TOP 1 ö.S.

Magdalena Schwarzmüller

Aydin Tas



Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Doris Braun

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

Hans Volkhardt

UBFL

Bertram Marquardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

AfD

Jürgen Sauer

FDP

Jochen Silbernagel

Vorsitzender

Thomas Hirsch



Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Christine Baumstark	(Hauptamt)
Bernhard Eck	(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sonstige

Joachim Arbogast	(Ortsvorsteher Mörlheim)
Dorothea Müller	(Ortsvorsteherin Mörzheim)
Michael Niedermeier	(Leiter Pressestelle)
Michael Schreiner	(Ortsvorsteher Godramstein)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

SPD



Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Florian Maier

Pfeffer und Salz

Jakob Wagner



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende überbrachte dem Rat Grüße des Bundespräsidenten und den Dank an die Ratsmitglieder für das kommunalpolitische Engagement. Der Bundespräsident habe die Bedeutung der Kommunen für den Staatsaufbau betont. Die Kommunen seien die Werkstatt der Demokratie. In der Politik gebe es nie perfekte Entscheidungen. Demokratie müsse man wagen und manchmal auch ertragen.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Initiative "Landau baut Zukunft"
- 2.1. Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Ausweitung der vorbereitenden Untersuchungen bis zur Weißenburger Straße
Vorlage: 101/321/2016
- 2.2. Antrag des Ortsbeirates Mörzheim; Erweiterung der geplanten Fläche zur Prüfung für den Bebauungsplan Impflinger Straße/Appenhofener Weg
Vorlage: 101/322/2016
3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion: Vertretungsregelung im Beirat für Migration und Integration für Fraktionsvertreter
Vorlage: 101/323/2016
4. 15. Controllingbericht zur Stadtentwicklung Süd
Vorlage: 240/048/2016
5. Mobilitätskonzept für die Stadt Landau - Inhalte und Vorgehensweise
Vorlage: 600/083/2016
6. Ergänzung Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 100/198/2016
7. Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Änderung des Zweckflurbereinigungsplanes Dammheim, Az.: 534-04-4244 vom 04.04.1991, Az.: 534-04-4244, geändert durch Nachtrag I vom 29.11.1991, Nachtrag II vom 15.05.1992 und Nachtrag III vom 21.09.1995
Vorlage: 300/109/2016
8. Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Änderung des Flurbereinigungsplans Arzheim-Ranschbach III, Az.: 534-01-4080, vom 25.09.1978, geändert durch Nachtrag I vom 04.09.1979 und Nachtrag II vom 12.11.1980.
Vorlage: 300/115/2016
9. Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: 300/117/2016
10. Neufassung der Benutzungs- und Kostenordnung für die Stadtbibliothek Landau in der Pfalz



zum 1. September 2016
Vorlage: 400/059/2016

11. Bereitstellung einer Teilzeitstelle für die stellvertretende Leitung der Stadtbibliothek
Vorlage: 110/476/2016
12. Änderung der Gebührenordnung für die Sporthallen und Sportplätze der Stadt Landau in der Pfalz zum 1. Juli 2016
Vorlage: 400/060/2016
13. Anordnung des Umlegungsverfahrens „Im Bauhorst“ im Bereich des Bebauungsplanes „F1 –Neuaufstellung II“ der Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 620/027/2016
14. Einführung von Gebühren für die Ausgabe von Säcken für die Erfassung von Papier, Pappe und Kartonage; Anpassung der Abfallgebühren
Vorlage: 860/296/2016
15. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Frau Graw hatte eine Frage zur „politischen Kultur“ und verlas einige Zitate des Oberbürgermeisters. Sie fragte ihn, ob er zu seinen Zitaten, für die er gewählt worden sei, auch weiterhin stehe.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er dazu uneingeschränkt stehe.

Frau Schmitt sprach das Genießerleuchten im kommenden Oktober an. Das Programm schein ja schon festzustehen. Die Bürger würden hier wieder mal erst informiert, nachdem die Beschlüsse gefasst seien. Für eine aktive Bürgerbeteiligung sei es dann aber zu spät. Es sei die Frage, ob der Oberbürgermeister Bürgerinformation mit Bürgerbeteiligung gleich setze.

Der Vorsitzende unterstrich, dass Bürgerinformation ein Teil von Bürgerbeteiligung sei.

Herr Schmitt wollte wissen, welche durchschnittlichen Verkaufserlöse pro qm die Stadt beim Verkauf von Wohnbauflächen im Innenbereich, im Außenbereich, in den Randlagen und in den Stadtdörfern erziele.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man dies ermitteln müsse. Er werde schriftlich antworten.

Herr Wiora war der Auffassung, dass die Menschen das Vorgehen der Stadt in Sachen „Landau baut Zukunft“ als suboptimal sehen würden. Die INWIS-Studie sehe er, wie die Mitstreiter in der Bürgerinitiative auch, als fehlerhaft an. Die Frage, wohin Landau gehe beschäftige die Bürgerinitiative ungemein. Er habe zwei Fragen: Ist die Stadtspitze bereit, die INWIS-Studie öffentlich zu besprechen? Ist die Stadt bereit, die vorbereitenden Untersuchungen einzustellen?

Der Vorsitzende sicherte die Bereitschaft zu, dies mit der Bürgerinitiative zu diskutieren. Er wolle aber betonen, dass man keine vollendeten Tatsachen geschaffen habe. Teil dieses Verfahrens sei natürlich auch die Bürgerbeteiligung.

Frau Breiner war der Meinung, dass die Initiative „Landau baut Zukunft“ Gräben aufgerissen habe, die nicht mehr einzuebnen seien.

Der Vorsitzende betonte, dass man sich die Aufgaben, die sich stellen, nicht aussuche. Die Aufgabe sei es, Verantwortung zu übernehmen für die künftige Entwicklung der Stadt.

Herr Dumröse fragte, warum das Synagogendenkmal an seinem jetzigen Standort stehen bleiben solle.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erklärte, dass dies ein historisch begründeter Standort sei. Es gebe keinen Grund, hiervon abzuweichen.

Herr Dumröse entgegnete, dass dort wo die Stele steht, nicht die Synagoge stand. Er wolle aber weiter wissen, wann denn die Konzeption der Bürgerbeteiligung in Gang gesetzt werde.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erläuterte, dass die Maßnahme bis zum 9. November 2016 abgeschlossen sein solle. In wie fern es hierzu noch eine öffentliche Erörterung geben werde, könne er noch nicht sagen.

Stadt Landau in der Pfalz





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Initiative "Landau baut Zukunft"

Der Vorsitzende wies auf zwei öffentliche Veranstaltungen hin und zwar am 14. Juni 2016 in der Kinckschen Mühle in Godramstein zu den Flächenpotentialen in den Stadtteilen und am 22. Juni 2016 im Alten Kaufhaus die landesweite Veranstaltung zum Bündnis bezahlbarer Wohnraum.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.1. (öffentlich)

Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Ausweitung der vorbereitenden Untersuchungen bis zur Weißenburger Straße

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 2. Mai 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Freiermuth begründete den Antrag. Man sehe sehr wohl in Landau einen Bedarf für Wohneinheiten. Dieser Bedarf sei durch die INWIS-Studie bestätigt worden. Mittlerweile habe sich die Tendenz vom Wohnen auf dem Dorf gedreht hin zur Stadt. Landau sei schneller gewachsen, als es das Statistische Landesamt vorausgesehen habe.

Dies sei die eine Seite – auf der anderen Seite habe man auch eine ganz besondere Verpflichtung gegenüber den Winzern und Landwirten. Einige der Winzer seien durchaus existenziell betroffen, das könne man nicht einfach vom Tisch wischen. Es könnte eine Möglichkeit sein mit den Untersuchungen über den Birnbach hinaus zu gehen und die Grenze weiterzuziehen bis zur Weißenburger Straße. Hier wären nur wenige Weinberge betroffen und das Gebiet wäre auch nicht ganz so groß. Man wäre hier offener für die Zukunft.

Der Vorsitzende regte an, diesen Antrag im Zuge der gesamten Untersuchungen mit zu untersuchen und in diesem Zusammenhang mit zu beraten. Im Moment sehe er keinen Grund, dort ein neues Untersuchungsgebiet auszuweisen.

Ratsmitglied Lerch hielt es für sinnvoll, zusätzliche Optionen zu schaffen. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme dem vom Oberbürgermeister vorgeschlagenen Verfahren zu.

Ratsmitglied Vogler zeigte sich offen für die Prüfung einer größeren Fläche. Sie wolle hier aber auch sagen, dass es auch Menschen gebe, die die Initiative Landau baut Zukunft positiv sehen.

Ratsmitglied Hartmann war der Meinung, dass man bei der Beschlussfassung am 1. März im Stadtrat nicht ausreichend über wichtige Argumente gesprochen habe, die dagegen sprechen. Man habe sich zu wenig Zeit genommen für diese Entscheidung. Die zugrunde gelegte INWIS-Studie habe Mängel, die man auf den ersten Blick erkenne. In den letzten 10 Jahren habe man eine rege Bautätigkeit in Landau gehabt. Die Konversionsflächen hätten Angebote und damit natürlich auch eine Nachfrage geschaffen. Weiter zeige die Studie gewaltige Unterschiede zwischen den eigenen Daten der Stadtverwaltung und denen, die in der Studie stehen. Richtig sei, dass Landau schneller gewachsen sei, als es das Statistische Landesamt berechne. Damit müsse man sich auseinandersetzen. Das Abrücken des Stadtvorstandes vom Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung habe Begehrlichkeiten geweckt. Dies zeige alleine schon der nachfolgende Antrag des Ortsbeirates Mörzheim. Wachstum aber sei keine Lösung für die Problematik. Er sei der Überzeugung, dass man eine grundsätzliche Debatte über die Zukunft und die Perspektive der Stadt brauche. Wenn man sich die Karte ansehe, dann arrondiere man hier ein ganzes Stadtviertel. Dies sei nicht das, was er unter Arrondierung verstehe. Deshalb lehne die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion diesen Antrag ab.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er Herrn Hartmann bei der Forderung man solle sich Zeit nehmen für eine ausführliche Debatte, gerne zustimme. Nur dann brauche man auch Fakten, über die man reden könne. Und genau diese Fakten erarbeite man gerade. Damit bis zur nächsten Kommunalwahl zu warten, wäre verschenkte Zeit. Man breche auch nicht mit dem Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Wenn aber die Entwicklung so weitergehe, wie sie sich im Moment zeige, dann werde Innen vor Außen nicht ausreichen.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass der Antrag der FWG-Stadtratsfraktion der falsche Denkansatz sei. Er führe nur das weiter, was mit der vorbereitenden Untersuchung angestoßen worden sei. Ihrer Meinung nach sei aber die Grundlage falsch, die Prognose sei falsch und die INWIS-Studie sei falsch.



Wenn aber die Grundlage falsch sei, dann müsse man die vorbereitenden Untersuchungen stoppen. Dieser Antrag verschlimmere die Situation noch. Sie gebe zu bedenken, dass auch Ackerland wertvoll sei. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion sei der Auffassung, „Small is beautiful“. Daher sei man dagegen, in diese Richtung weiterzugehen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 2. Mai 2016, die vorbereitenden Untersuchungen südöstlich über den Birnbach hinaus bis zur Weißenburger Straße zu erweitern, wird in das gesamte weitere Verfahren aufgenommen und in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.2. (öffentlich)

Antrag des Ortsbeirates Mörzheim; Erweiterung der geplanten Fläche zur Prüfung für den Bebauungsplan Impflinger Straße/Appenhofener Weg

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag des Ortsbeirates Mörzheim vom 19. April 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ortsvorsteherin Müller begründete den Antrag. Schon seit dem Jahr 2012 gebe es den Antrag auf ein Arrondierungsgebiet. Seit dieser Zeit kamen nun aber sehr viele Anfragen nach Baugelände oder Bauerwartungsland. Daher sei der Ortsbeirat einstimmig der Meinung, diesen Antrag von 2012 zu erweitern. Bei der im Antrag genannten Erweiterungsfläche handele es sich um sehr schlanke Ackerlandparzellen, die bewirtschaftet werden.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass es den Auftrag des Stadtrates gebe, 500 Wohneinheiten in den Ortsteilen zu schaffen. Er schlage daher vor, diesen Antrag in diesem Kontext weiter zu behandeln.

Ratsmitglied Lerch war der Auffassung, dass der Antrag aus Sicht des Stadtteiles Mörzheim verständlich sei. Dieser müsse in den Gesamtkontext mit einfließen. Was den Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung betreffe, sei sicherlich in der Innendorferentwicklung noch einiges aufzuholen.

Ratsmitglied Freiermuth erinnerte daran, dass die Opposition noch im vergangenen Jahr vehement Wohnungsbau gefordert habe. Man debattiere schon seit Jahren über dieses Thema. Die 45 Bauplätze seien ursprünglich gar nicht die Intention des Ortsbeirates gewesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag des Ortsbeirates Mörzheim vom 19. April 2016, die Erstellung eines Bebauungsplanes im Bereich Impflinger Straße /Appenhofener Weg zu prüfen, wird im Zuge des Gesamtkonzeptes für alle Stadtteile zur Abstimmung gestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion: Vertretungsregelung im Beirat für Migration und Integration für Fraktionsvertreter

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 9. Mai 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Vogler begründete den Antrag. Es gehe ihrer Fraktion darum, dass der Informationsfluss gewährleistet sei, wenn mal ein Vertreter der Fraktionen im Beirat Migration und Integration verhindert sei. Der Beirat sei ein wichtiges Gremium, mit dem man einen guten Austausch habe.

Der Vorsitzende erklärte, dass man mit der Aufsichtsbehörde noch einige rechtliche Fragen klären müsse. Sobald dies erfolgt sei, werde man den Antrag dem Hauptausschuss zur Entscheidung vorlegen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 9. Mai 2016, eine Vertretungsregelung im Beirat für Migration und Integration für die entsandten Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen einzuführen, wird in den Hauptausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

15. Controllingbericht zur Stadtentwicklung Süd

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Kämmereiabteilung vom 11. Mai 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Für die Landesgartenschau stehe man im Moment bei einer Landesförderung von 25,9 Millionen Euro und bei einem städtischen Anteil von 8,1 Millionen Euro. Sehr erfreulich sei, dass sich der Betriebsführungszuschuss für den Durchführungshaushalt nochmals um 400.000 Euro verringern werde.

Der Stadtrat nahm den Controllingbericht zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Mobilitätskonzept für die Stadt Landau - Inhalte und Vorgehensweise

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 13. Mai 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Die Frage der Mobilität sei von großer Bedeutung. Man begeben sich hier auf einen neuen Weg. Bisher habe es immer viele einzelne Gutachten zu verschiedenen Teilbereichen gegeben. Jetzt wolle man zum ersten Mal ein Gesamtkonzept haben. Man werde hierfür etwa 2 Jahre brauchen. Hier werde man auch Elemente der Bürgerbeteiligung einbinden. Er denke, dies werde ein neuer, aber guter Weg sein.

Ratsmitglied Lerch sah die Gefahr, dass bei vielen Einzelgutachten vieles Stückwerk bleibe. Daher mache seiner Meinung die Entwicklung eines kompletten Mobilitätskonzeptes in jedem Fall Sinn. Ein Konzept nur auf dem Papier wäre allerdings nutzlos, man brauche dann auch einen konkreten Handlungsplan. Die CDU-Stadtratsfraktion werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Vogler sah die Erstellung des Konzeptes ausgesprochen positiv. Die Ansprüche der Bürger hätten sich gewandelt. Es gebe die Erwartung, dass Dinge nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch umgesetzt werden. Die SPD-Stadtratsfraktion werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Lichtenthäler war der Meinung, dass man hier viel Geld in die Hand nehmen und es werde ein langer Prozess sein, den man hier beginne. Er hoffe, dass man aus diesem Mobilitätskonzept eine gute Grundlage bekomme. Maßnahmen, die sich aus dem Konzept ergeben, sollten aus Kosten-/Nutzen-Gesichtspunkten dargestellt werden. Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Dürphold erklärte, dass die Stadt Landau ein komplexes System aus Menschen, Straßen und Geschäften sei. Gerade deshalb sei es wichtig, dass das Große und Ganze ins Auge gefasst werde. Besonders wichtig sei der FWG in diesem Zusammenhang die Bürgerbeteiligung. Auch dürften in diesem Gesamtkonzept die Stadtdörfer nicht vergessen werden. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Auffassung, dass ein Mobilitätskonzept sehr gut sein könne. Am Ende werde es aber um die Umsetzung gehen. Man müsse die Bürger auch über die Angebote informieren. Das Konzept sei ein ambitioniertes und ehrgeiziges Ziel. Die Konzeption mache in jedem Fall Sinn, die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion werde der Vorlage ebenfalls zustimmen.

Bürgermeister Dr. Ingenthron sah in dem Beschluss die Chance, einen Meilenstein zu setzen. Man spreche hier von einem Entwicklungshorizont von 15 Jahren. In der Verwaltung habe man intensiv vorberaten. Mit diesem Grundsatzbeschluss mache man sich auf den Weg zu einer modernen Verkehrspolitik. Die Ergebnisse, die man als Handlungsfelder aus dem Mobilitätskonzept herausarbeite, seien eine Roadmap für eine moderne Verkehrspolitik. Dies werde ein langanhaltender Prozess sein, der uns viele Jahre beschäftigen werde. Die Erwartungshaltung sei groß, dies sei eine Herausforderung.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Erstellung eines integrierten Mobilitätskonzeptes für die Stadt Landau, in dem die zukünftigen Anforderungen an die Verkehrsentwicklung verkehrsmittelübergreifend betrachtet werden. Die Vergabe erfolgt auf der Basis der Vorberatungen im Bauausschuss im Rahmen des genehmigten Haushaltsansatzes von bis zu 100.000 Euro.

Stadt Landau in der Pfalz





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Ergänzung Jugendhilfeausschuss

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 12. Mai 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Wahl von

Herrn Andreas Hoffmann, Godramsteiner Hauptstraße 70, 76829 Landau in der Pfalz

als beratendes Mitglied und von

Herrn Valentin Berger, Emma-Maxon-Straße 22, 76829 Landau in der Pfalz

als dessen Vertreter

in den Jugendhilfeausschuss zu bestätigen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Änderung des Zweckflurbereinigungsplanes Dammheim, Az.: 534-04-4244 vom 04.04.1991, Az.: 534-04-4244, geändert durch Nachtrag I vom 29.11.1991, Nachtrag II vom 15.05.1992 und Nachtrag III vom 21.09.1995

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 15. März 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den dieser Sitzungsvorlage als Anlage 1 beigefügten Entwurf der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Änderung des Zweckflurbereinigungsplanes Dammheim, Az. 534-04-4244 vom 04.04.1991, geändert durch Nachtrag I vom 29.11.1991, Nachtrag II vom 15.05.1992 und Nachtrag III vom 21.09.1995



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Änderung des Flurbereinigungsplans Arzheim-Ranschbach III, Az.: 534-01-4080, vom 25.09.1978, geändert durch Nachtrag I vom 04.09.1979 und Nachtrag II vom 12.11.1980.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 4. März 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den dieser Sitzungsvorlage als Anlage 1 beigefügten Entwurf der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Änderung des Flurbereinigungsplan Arzheim-Ranschbach III, Az.: 534-01-4080, vom 25.09.1978, geändert durch Nachtrag I vom 04.09.1979 und Nachtrag II vom 12.11.1980 mit Anlage.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Änderung der Hauptsatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 12. Mai 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der Satzung zur Änderung der Hauptsatzung als Satzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Neufassung der Benutzungs- und Kostenordnung für die Stadtbibliothek Landau in der Pfalz zum 1. September 2016

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 31. März 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erläuterte die Vorlage. Man könne hier aus einer weniger guten Situation das Beste machen. Die Mehreinnahmen aus der Gebührenerhöhung könne man nutzen, um eine halbe Stelle für die stellvertretende Bibliotheksleitung zu finanzieren. Mit der ADD habe man dies bereits besprochen und die Zustimmung bekommen.

Ratsmitglied Lerch fand es erfreulich, dass bereits die Zusage der ADD zu diesem Vorgehen da sei. Die CDU-Stadtratsfraktion werde daher der Gebührenerhöhung zustimmen. Er habe aber die Bitte, nach 6 Monaten im Hauptausschuss über die Auswirkungen der Gebührenerhöhung zu berichten.

Ratsmitglied Vogler hielt es für wichtig, dass die halbe Stelle einer stellvertretenden Leitung erhalten bleibe. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage ebenfalls zu.

Ratsmitglied Follenius-Büssow teilte mit, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Vorlage auch zustimmen werde. Vielfältige Angebote der Stadtbibliothek könnten so erhalten bleiben. Beispielsweise die Leseförderung der Kinder, die in jedem Fall Sinn mache. Es sei allerdings schon ein wenig bitter, wenn ein Team verkleinert werde. Wichtig sei ihr, dass durch diese Halbtagsstelle auch die Samstagsöffnung gewährleistet bleibe.

Ratsmitglied Freiermuth betonte den besonderen Stellenwert einer Bücherei. Deshalb müsse man aber auch klar sagen, dass man ohne diese Gebührenerhöhung diese halbe Stelle nicht bekomme und auch nicht die Samstagsöffnungszeiten erhalten könne. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl hielt die geplante Gebührenerhöhung für akzeptabel. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Neufassung der Benutzungs- und Kostenordnung für die Stadtbibliothek Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Bereitstellung einer Teilzeitstelle für die stellvertretende Leitung der Stadtbibliothek

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Personal- und Organisationsabteilung vom 30. März 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Bereitstellung einer Teilzeitstelle (0,5) für die stellvertretende Abteilungsleitung der Stadtbibliothek. Die Stelle wird im Nachtrag des Stellenplans 2016 in der Entgeltgruppe E 9 TVöD ausgewiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Änderung der Gebührenordnung für die Sporthallen und Sportplätze der Stadt Landau in der Pfalz zum 1. Juli 2016

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 21. März 2016., die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Dr. Ingenthron begründete die Vorlage. Die letzte Gebührenanpassung sei im Jahr 2008 gewesen.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass er gegen die Vorlage stimmen werde

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 1 Nein-Stimme:

die nachfolgenden Änderungen der Gebührenordnung für die Sporthallen und Sportplätze der Stadt Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Anordnung des Umlegungsverfahrens „Im Bauhorst“ im Bereich des Bebauungsplanes „F1 –Neuaufstellung II“ der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 28. April 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Auf Grundlage des § 46 Baugesetzbuch (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. S. 2414) in der jeweils geltenden Fassung wird die Umlegung für den Bebauungsplan „F1 – Neuaufstellung II“ angeordnet.**
- 2. Das Umlegungsverfahren erhält die Bezeichnung „Im Bauhorst“.**
- 3. Die Umlegungsbefugnis wird auf den Umlegungsausschuss der Stadt Landau in der Pfalz übertragen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Einführung von Gebühren für die Ausgabe von Säcken für die Erfassung von Papier, Pappe und Kartonage; Anpassung der Abfallgebühren

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 17. Februar 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Dr. Ingenthron begründete die Vorlage. Es gehe hier um eine Lenkungswirkung und die Vermeidung von Zweckentfremdungen. Ziel sei es, den Einsatz von Papiertonnen weiter zu steigern. Auch unter ökologischen Gesichtspunkten sei dies eine sinnvolle Entscheidung.

Ratsmitglied Doll erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion sehr kontrovers diskutiert habe. 500 000 zweckentfremdete Papiersäcke seien schon gewaltig. Es sei leider kein Rückgang an Papiersäcken erkennbar. Er halte es für wünschenswert, nach einem halben Jahr einen Bericht vorzulegen wie sich dies ausgewirkt habe.

Ratsmitglied Scheid begrüßte für die SPD-Stadtratsfraktion den Vorschlag des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes. Er sei überzeugt, dass dies eine Lenkungsmöglichkeit sei, um diesen ungewollten Sackverbrauch einzuschränken. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Lichtenthäler hielt dies für eine sehr gute Maßnahme. Deshalb werde die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion dieser Vorlage zustimmen. Lösungen müsse man aber finden für die Sammelpunkte.

Ratsmitglied Volkhardt war der Meinung, dass die Papiersäcke augenscheinlich nicht sachgerecht verwendet werden. Dies sei eine Verschwendung von Ressourcen und Geldern. Er schlage vor, das Sacksystem auslaufen zu lassen. Die FWG-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl sprach von einer finanziellen Erziehungsmaßnahme. Sie hoffe, dass der gewünschte Effekt damit erzielt werde. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme ebenfalls zu.

Ratsmitglied Marquardt war der Auffassung, dass man hier eine differenziertere Lösung finden sollte. Man sollte vielleicht darüber nachdenken, zusätzlich Papiercontainer in den Ortsteilen aufzustellen. Dies könne eine sinnvolle Lösung sein. Er werde der Sitzungsvorlage nicht zustimmen.

Ratsmitglied Silbernagel hielt die Erhebung von Gebühren nicht für den richtigen Weg. Dies sei ein erhöhter Aufwand für die Verwaltung und blähe diese auf. Er hielte eine Kontingentierung der Papiersäcke für den besseren Weg. Der Sitzungsvorlage könne er nicht zustimmen.

Ratsmitglied Scharhag warnte nachdrücklich vor der Aufstellung von Papiercontainern, da diese mit Unrat und Müll gefüllt werden würden.

Bürgermeister Dr. Ingenthron betonte, dass eine Kontingentierung der falsche Weg wäre, da genau dies mehr Bürokratie bedeuten würde.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 35 Ja,- 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen:

der beigelegten Änderung der Satzung für die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung zuzustimmen.

Stadt Landau in der Pfalz





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Hartmann fragte nach erheblichen Baumfällungen in den letzten zwei Wochen im Goethepark, im Schillerpark und im Westring.

Beigeordneter Klemm entgegnete, dass er dies schriftlich beantworten müsse, da er derzeit nichts dazu sagen könne.

Ratsmitglied Follenius-Büssow erkundigte sich, ob auch eine zusätzliche Sprachförderung für Flüchtlinge vom Bund finanziert werde.

Der Vorsitzende sicherte auch hier eine schriftliche Antwort zu, da er dies im Moment nicht beantworten könne.

Ratsmitglied Scheid wollte wissen, ob der neue Teil des Park &-Ride Platzes keine Beleuchtung bekomme.

Herr Kamplade teilte mit, dass die Beleuchtung noch erfolge.



Die Niederschrift über die 18. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 24.05.2016 umfasst 21 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 161.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter